

Europa wählt - Was? Warum? Wie?

Das Europäische Parlament ist erwachsen geworden. Von einer weitgehend machtlosen „parlamentarischen Versammlung“ der 1950er Jahre bis heute errang es nach jeder intergouvernementalen Vertragsänderung (z.B. 1957, 1970, 1986, 1992, 1997, 2001, 2007) mehr und mehr Gestaltungsmacht. Selbst hartgesottene EU-Kritiker können nicht mehr verleugnen, dass das EP mittlerweile einen beträchtlichen Einfluss u.a. auf den Haushaltsplan, auf wesentliche Rekrutierungsfragen (Wahl der wichtigsten EntscheidungsträgerInnen), vor allem aber auch auf die Gesetzgebung der EU sowie die Kontrolle aller anderen europäischen Institutionen geltend machen kann.

Basierend auf theoriegeleiteten Beschreibungen eines über die vergangenen knapp sieben Jahrzehnte stetig mit weiteren Befugnissen ausgestatteten Europaparlaments im Rahmen meines Pro Scientia-Vortrages vom April 2018, war der Zeitpunkt einer neuerlichen Betrachtung der demokratiepolitischen Bedeutung des EP nun auch in praktischer Hinsicht ideal. Politik betrifft uns bekanntlich alle und gerade dessen europäische bzw. supranationale Dimension scheint im Zeitalter globaler Herausforderungen wichtiger denn je zu sein. Knapp zwei Wochen vor einem für die kommenden 5 Jahre in so vielerlei Hinsicht richtungsweisenden Entscheides über die personelle und ideologische Zusammensetzung der einzigen direkt gewählten multinationalen Versammlung der Welt galt es die theoretischen Erkenntnisse meinen letzten Vortrages nun auf drei Kernfragen herunterzubrechen. Der großen Praxisrelevanz gewahr wollte der Vortrag den anwesenden Zuhörenden vor allem das notwendige Rüstzeug in die Hände legen, um am 26. Mai 2019 eine möglichst faktenbasierte und hinsichtlich der eigenen ideologischen Grundausrichtung passende Wahlentscheidung treffen zu können. Entsprechend wurde der Titel bewusst auf folgende drei Kernthemen zugespitzt: **Europa wählt – Was? Warum? Wie?**

Nach Darlegung der wichtigsten historischen und rechtlichen Entwicklungen bzw. jener Zug- und Gegenkräfte, welche den Prozess der europäischen Integration aus der Sicht des EP bis heute maßgeblich beeinflusst haben, beschäftigte sich der Vortrag in mehreren aufeinander aufbauenden Schritten mit der Binnenorganisation des EP, dessen Sitzungskalender, dessen legislativen und nicht-legislativen Einflussmöglichkeiten, den wesentlichen Abstimmungsregeln sowie dessen Kontroll-, Wahl- und Systemgestaltungs-kompetenzen.

Neben diesen in den europäischen Verträgen sowie der Parlamentsgeschäftsordnung geregelten Anreizstrukturen wurde auch auszugsweise auf die tatsächliche Umsetzung selbiger in der nun zurückliegenden 8. Legislaturperiode (2014-2019) eingegangen. Der Fokus lag hierbei vor allem auf den ideologischen Kräfteverhältnissen sowie einigen interessanten Kennzahlen der parlamentarischen Arbeit. So wurden allein zwischen Juli 2014 und Dezember 2018 2.134 Texte im Parlamentsplenum angenommen, wobei es sich hierbei um 708 konkrete Legislativakte handelte. Zudem gab es 552 öffentliche Anhörungen in den parlamentarischen Ausschüssen und 6.880 eingereichte BürgerInnenpetitionen, wobei 1,6 Millionen UnionsbürgerInnen selbst das EP in Straßburg oder Brüssel besuchten. Verschiedene Längs- und Querschnittsstudien sollten daneben die Entwicklung des Frauenanteils im EP sowie jene Kosten, welche die europäischen BürgerInnen zur Aufrechterhaltung Ihres Parlaments regelmäßig zu tragen haben, in vergleichender Weise, aufzeigen. Auf die gesamte BürgerInnenschaft übertragen kostet das EP dem Steuerzahlenden im Schnitt 3,50 Euro pro Jahr, was in etwa einem Drittel der Kosten für die Arbeit des Deutschen Bundestags, des britischen „House of Commons“ oder des US-Kongresses entspricht.

Nach einer möglichst multiperspektivischen Beantwortung der Fragen des „Was“ und „Warum“ wurde letztlich auch die Frage des „wie (wählen)“ beantwortet, wobei unter anderem das Faktum überraschte, dass bei Europawahlen nach wie vor kein einheitliches, sondern vielmehr 28 verschiedene Wahlsysteme angewendet werden. Trotz vielfacher Versuche des EP, ein europaweit einheitliches Wahlrecht zu installieren – d.h. z.B. einheitliche Hürden für den Erhalt eines Mandates („Sperrklausel“), transnationale Listen etc. – scheiterten diese Versuche bislang allesamt am Veto einzelner Mitgliedsstaaten. Somit galt es schließlich auch zu klären, wie sich die Wahl einer nationalen Partei auf dessen europapolitische Affiliation bzw. damit letztendlich auf die europäische Politikgestaltung auswirkt.

Abschließend wurden dann noch aktuelle Umfrageprognosen hinsichtlich der unter diesen Gesichtspunkten zu erwartenden Politikveränderungen bewertet und diskutiert. Das bereits damals absehbare Ende der jahrzehntelang bestehenden „großen Koalition“ zwischen Europäischer Volkspartei und der Fraktion der europäischen Sozialdemokraten wurde bei den tatsächlichen Wahlen zwei Wochen später dann auch Realität. Lediglich die vielbeschworene Zuspitzung auf ein „Duell der Spitzenkandidaten“ der größten Fraktionen scheiterte vor kurzem am realpolitischen Kräfteressen zwischen den 28 Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat. So wäre es aus Sicht des Vortragenden demokratiepolitisch wesentlich zweckmäßiger gewesen, hätte man sich in den Nachwahlverhandlungen auf die Nominierung

von Manfred Weber (EVP), Frans Timmermans (S&D) oder auch Margarethe Vestager (ALDE) anstatt auf Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin geeinigt. Aber selbst diese Entscheidung wird in den nächsten Wochen – analog zur insgesamt stetig gewachsenen Stärke des EP – final vom Parlament, und eben nicht (mehr) von nationalen Exekutivverantwortlichen getroffen werden.

Weiterführende Literatur:

Buttler, Christian von (2003): Das Initiativrecht der Europäischen Kommission. Zugl.: Potsdam, Univ., Diss., 2003. Berlin: Duncker & Humblot (Schriften zum Europäischen Recht, 99).

Dialer, Doris/Maurer, Andreas/Richter, Margarethe (2015): Handbuch zum Europäischen Parlament, Baden-Baden, Nomos.

Maurer, Andreas (2012): Parlamente in der EU. Wien: Facultas-Verl. (Reihe Europa kompakt, 3379).

Maurer, Andreas/Wolf Michael (2018): Agenda-Shaping in the European Parliament and the Commission's formal right of legislative initiative. In: Michael W. Bauer, Jörn Ege, Stefan Becker (Hg.): The European Commission in Turbulent Times. Baden-Baden: Nomos.

Sabbati, Giulio (2018): Europäisches Parlament: Fakten und Zahlen, EPRS | Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments.